

Der Friedensbewegung stellen sich immer mehr, aber auch vielversprechende Aufgaben - und das gilt auch für die Kommunen

Organklage der Linkspartei gegen den Tornadoeinsatz in Afghanistan	1
In US-Hafenstädten wird der Nachschub für den Irakkrieg blockiert.....	2
Die Kampagne der Mayors for Peace geht voran	3
Kriegsausbruch zu „Ostern“ in Somalia.....	7

Augsburg, 28.4.2007. Auf der Kundgebung der Augsburger Friedensinitiative (AFI) am Ostersonntag wurden 115 Menschen gezählt, ein deutliches Plus gegenüber dem Vorjahr. Im Rahmen der Kundgebung bot die AFI auch anderen Organisationen die Möglichkeit zu Infoständen an, was von Attac, SdAJ und VVN genutzt wurde. An diesen Infoständen kamen viele Leute vorbei, so dass die gezählte Teilnehmerzahl nur eine Momentaufnahme darstellt – in Wirklichkeit aber hunderte von Menschen Interesse zeigten, Material mitnahmen, Gespräche führten oder beim Stand der VVN ihre Unterschrift für ein Verbot der NPD leisteten. Insgesamt kamen bei der VVN 17 unterschriebene Listen zusammen. Diese Form der Kooperation der politischen Kräfte im Rahmen der Ostermarschkundgebung ist sehr effektiv und kommt bei der Bevölkerung gut an. Auch die Reden, von denen wir die veröffentlichen, die uns zugingen, kamen gut an und stellen auch in schriftlicher Fassung wertvolles Material dar, das sich lohnt zu rekapitulieren.

Organklage der Linkspartei gegen den Tornadoeinsatz in Afghanistan

Die Parteien haben viel mehr mit den Ostermärschen der Friedensbewegung zu tun, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Die Linke schwenkte nicht nur ihre roten Fahnen auf dem Königsplatz. Von Seiten der Bundestagsfraktion der Linkspartei wird eine Organklage¹ vor dem Bundesverfassungsgericht geführt, die von bürgerlicher Seite durchaus ernst genommen wird. So erinnert die Berliner Zeitung z.B. daran, dass die PDS-Bundestagsfraktion bereits 2001 Klage gegen das neue Strategische Konzept der NATO geführt habe und das Verfahren „für die Vertreter der Bundesregierung vermutlich nicht von Lustgefühl begleitet“ gewesen sei.² Der Völkerrechtler

¹ Schriftsatz der Organklage zum Herunterladen
<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7732847756.pdf>

² **Tornado-Einsatz vor Gericht**

Die Nato hat sich gewandelt, sagt die Linkspartei, und klagt in Karlsruhe

BERLIN. Wer vor dem Bundesverfassungsgericht gut beraten sein will, sollte nicht dem Volksmund vertrauen. Dessen Versicherung, nichts werde so heiß gegessen wie gekocht, widerspricht ohnehin schmerzlicher Lebenserfahrung, besonders aber in Karlsruhe haben sich schon manche die Lippen verbrannt. Gut in Erinnerung ist beispielsweise die Entscheidung zum Europäischen Haftbefehl („nichtig“) vom Juli 2005, die die Karlsruher Richter der damaligen Bundesregierung genau so heiß servierten, wie sie in der Klageschrift gekocht worden war.

Auch die mündliche Verhandlung vom 19. Juni 2001 über die Klage der PDS-Bundestagsfraktion gegen das damals neue Strategische Konzept der Nato war für die Vertreter der Bundesregierung vermutlich nicht von Lustgefühl begleitet. Zwar fand das Konzept - das den Aktionsradius der Nato beträchtlich erweiterte, unter anderem um die Möglichkeit von Krisenreaktionseinsätzen - am Ende die Zustimmung des Zweiten Senats. Aber die Bevollmächtigten der Bundesregierung hatten in der Verhandlung sichtlich Mühe zu begründen, warum das neue Konzept den Inhalt des alten Nato-Vertrags nicht substantiell verändere, die Zustimmung des Bundestags zu dem Vertrag von 1955 also weiterhin gelte.

Diesmal wird es für die Bundesregierung noch ein wenig komplizierter. Vor sechs Jahren war die Behauptung zumindest plausibel - und wurde vom Verfassungsgericht geteilt -, grundlegendes Ziel der Nato bleibe die

Michael Bothe räumt der erneuten Klage der Linkspartei in einem Interview mit der Berliner Zeitung jetzt durchaus Chancen ein:

In seiner letzten einschlägigen Entscheidung im Jahr 2001 befand das Bundesverfassungsgericht, das neue strategische Konzept von 1999 halte sich noch in dem Rahmen des Nato-Vertrages, wie ihm der Bundestag 1955 zugestimmt hatte. Zwei Punkte waren für diese Beurteilung entscheidend: Aufgabe der Nato war weiterhin allein die Gewährleistung der Sicherheit des euro-atlantischen Raums, zweitens war das traditionelle Verständnis des völkerrechtlichen Gewaltverbots – Herzstück der Satzung der Vereinten Nationen – nicht angezweifelt, das einseitige militärische Gewaltausübung auf Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff beschränkt. Die Erklärung zum Nato-Gipfel in Riga im November 2006 sieht ganz anders aus, insbesondere ist die Beschränkung des Nato-Einsatzgebiets auf den euro-atlantischen Raum offensichtlich aufgegeben worden.³

In diesem Artikel wollen wir nun auf drei Aspekte eingehen, die für die Friedensbewegung u.E. sehr wichtig sind – und auf der Augsburger Kundgebung (wahrscheinlich) nicht angeschnitten werden konnten. Es sind dies starke Momente der us-amerikanischen Friedensbewegung, eine neue wichtige Kampagne von Mayors for Peace und der Kriegsausbruch in Somalia über Ostern.

In einem Folgeartikel wollen wir uns mit anderen Parteien befassen, die aus friedenspolitischer Sicht keine gute Rolle spielen. Es sind dies die Grünen, die bei der Kundgebung in Augsburg nicht da waren, und die dubiose AGFG „Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit“, die dafür massiv da war.

In US-Hafenstädten wird der Nachschub für den Irakkrieg blockiert

Unter der Überschrift „An Amerikas pazifischer Nordwestküste konfrontieren Menschen die Kriegsmaschinerie“ berichtet der Autor Ron Jacobs über massiven Widerstand im Bundesstaat

Abwehr und Abschreckung von Aggressionen dritter Staaten. „Das Konzept 1999 lässt die kollektive Verteidigungsfunktion des Bündnisses unberührt und schreibt den in der Präambel niedergelegten Sicherheits- und Friedensauftrag in Hinblick auf eine tiefgreifend neue Sicherheitslage fort“, hieß es damals in der Begründung des Zweiten Senats.

Verantwortung der USA

Eine Fortschreibung des alten Nato-Vertrags kann die Linkspartei nun nicht mehr erkennen, vielmehr sei sein Inhalt durch die Praxis grundlegend verändert worden: „Der globale Sicherheitsdienstleister Nato 2007 ist strukturell grundverschieden vom Sicherheitsbündnis 1955.“ Das ehemalige Verteidigungsbündnis habe sich in den vergangenen Jahren zu einem Anti-Terror-Bündnis gewandelt, das weltweit operiere. Die Verantwortung für diesen Prozess liege vor allem bei den USA, die als Führungsmacht der Nato mit ihrer „sich über Jahre erstreckenden fortwährenden völkerrechtswidrigen Kriegsführung“ und ihrem Anspruch, gegen „Schurkenstaaten Präventivkriege führen zu dürfen“, die „fundamentale Umwandlung der zentralen Begriffe“ des Nato-Vertrags erst initiiert hätten. Das aber sei von dem Zustimmungsgesetz des Bundestags von 1955 keinesfalls mehr gedeckt. Mangels gesetzlicher Grundlage sei demnach auch der deutsche Tornado-Einsatz in Afghanistan - trotz der Zustimmung des Parlaments - verfassungswidrig.

Gegen den Einsatz hatten bereits die Unionsabgeordneten Peter Gauweiler (CSU) und Willy Wimmer (CDU) vergeblich geklagt. Sie waren in Karlsruhe allerdings ausschließlich aus formalen Gründen gescheitert. Die von ihnen betriebene Organklage wurde als unzulässig abgewiesen, weil einzelne Abgeordnete nach Auffassung des Verfassungsgerichts keine Rechte des Bundestages geltend machen können. Daraufhin hatte die Linkspartei-Fraktion Organklage erhoben, deren Zulässigkeit unstreitig ist. Der Zweite Senat hatte jedoch den Antrag der Fraktion abgelehnt, den Tornado-Einsatz mit einer einstweiligen Anordnung zu stoppen.

Christian Bommarius

Berliner Zeitung, 18. April 2007, zitiert nach der Webseite der Linksfraktion im Bundestag
<http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1585264991>

³ <http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1595618742>

Washington gegen Nachschublieferungen für den Irakkrieg.⁴ In der Hauptstadt Olympia konnten vergangenes Jahr Verladearbeiten im Hafen von Friedenskräften gestoppt werden. Der Versuch des Militärs, die den Nachschub in die benachbarte Stadt Tacoma zu verlegen, führte aktuell zu scharfen Auseinandersetzungen.



Direct Action Against Military Shipments Continues in Tacoma, WA IMC-US , Mar 11, 2007: Over the past two weeks, Olympia Port Militarization Resistance (OlyPMR) and Tacoma Port Militarization Resistance (Tacoma PMR) have stepped up efforts to close their ports to military shipment bound for Iraq as part of President Bush's escalation of the conflict.

<http://indymedia.us/en//2007/03/23558.shtml>

Nur mit erheblicher Verspätung konnte am 14. März ein Militärschiff mit Ausrüstung für eine Kampfeinheit im Irak den Hafen Tacoma im Bundesstaat Washington verlassen. Zwölf Tage lang hatten Hunderte von Menschen die Verschiffung der Militärausrüstung blockiert, die Polizei veranschlagt die Kosten der Aktion auf 500.000 Dollar. Die Polizei schoss auch mit Gummiprojektilen auf Demonstranten. 37 Demonstranten wurden festgenommen, allein 23 am Sonntag, dem 11. März, darunter auch einer der neun Mitglieder des City Councils, des Gemeinderats, der die 200.000-Einwohner-Stadt regiert. Tacoma ist der sechstgrößte Containerhafen der USA und für die gesamte Region von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Der Hafen ist ein unabhängiger Betrieb der Stadt Tacoma unter Kontrolle einer von den Einwohnern Tacomas direkt gewählten Kommission. Auch das gehört zum Hintergrund der Aktion.⁵ Die

Widerstandsaktionen führten zu einer starken überregionalen Solidarisierung.

Zur Taktik äußerte sich einer der Aktivisten: „Ich glaube, dass unsere Strategie – sich darauf zu konzentrieren, die Verwicklung der eigenen Gemeinde in die Eskalation und Fortführung des Krieges – zu beenden, eine von vielen Strategieansätzen ist. Es gibt offensichtlich andere wertvolle Methoden, die gleichfalls weitergeführt werden sollten. [...]“ Überdenkt man diese – eigentlich bestechende – Strategie und die Tatsache, dass Tacoma kleiner als Augsburg ist, so könnte einem für eine bayerische Großstadt wie Augsburg schon Verschiedenes einfallen...

Ron Jacobs zieht aus dem Konflikt die interessante Schlussfolgerung, die wir als eine dringende und ernstzunehmende Aufforderung auffassen sollten:

Überall in Amerika gibt es – große und kleine – Gemeinden, die eine Rolle spielen beim Versuch Washingtons, das irakische und afghanische Volk militärisch zu unterdrücken. Vielleicht gibt es auch in Ihrer Nähe eine Militärbasis, einen Posten oder einen Rüstungsbetrieb. Vielleicht hat an Ihrem Wohnort ein Unternehmen seinen Sitz, das in die Verschleppung und Folter von Gefangenen in US-Gewahrsam verwickelt ist. Es ist eine Tatsache, dass es in ganz Amerika kaum eine Stadt gibt, die nicht von den blutigen Tentakeln des militärisch-industriellen Komplexes erfasst wird. Wir haben es mit einem Stück ökonomischer Wirklichkeit zu tun. Diese Realität zeigt uns einerseits, dass wir in gewisser Weise mitschuldig sind an der Zerstörung und dem Blutvergießen im Irak und in Afghanistan und andererseits, dass jede(r) von uns die Möglichkeit hat, diese Verwicklungen aufzuzeigen und (hoffentlich) dagegen anzugehen – egal, wo wir wohnen.

Die Kampagne der Mayors for Peace geht voran

Als die Stadt Augsburg am 15. Oktober 2004 offiziell in die weltweite Initiative „Mayors for Peace“ aufgenommen wurde, gehörten dem Netzwerk insgesamt 646 Städte aus 111 Ländern an. Im Jahr

⁴ Confronting the War Machine in the Pacific Northwest, by Ron Jacobs
<http://www.zmag.org/content/showarticle.cfm?ItemID=12322> Übersetzung
<http://www.zmag.de/artikel.php?id=2041>

⁵ nach Politische Berichte 7/2007, GNN-Verlag

darauf empfängt die dritte Bürgermeisterin der Stadt Augsburg die Teilnehmer der Radtour der DFG/VK „Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa“ am Königsplatz und bekräftigt die Teilnahme der Stadt an „Mayors for Peace“:

„Augsburg reiht sich auch mit eigenen Aktionen ein in das Gedenken an Hiroshima und Nagasaki: In der ersten Nacht unseres Friedensfestes vom 5. auf den 6. 8. stellen wir auf dem Rathausplatz in der „Nacht der 100 000 Kerzen für eine Welt ohne Atomwaffen“ die Verbindung nach Hiroshima her und gedenken gemeinsam der Opfer des Atombombenabwurfs.“⁶

In krassem, unerträglichem Widerspruch zu diesen Positionen der städtischen Repräsentanten steht die notorische Huldigung des Messerschmitt/MBB/DASA/EADS-Konzerns durch die Stadt. Denn dieser Konzern ist in Atomwaffenprogramme verstrickt. Er ist am französischen Atomwaffenprogramm beteiligt und entwickelt im Auftrag des französischen

Verteidigungsministeriums neue Atomraketen für die Atom-U-Boote der französischen Kriegsmarine. Ferner entwickeln EADS und Bofors (Schweden) einen (auch atomwaffenfähigen) Marschflugkörper mit dem Namen „Taurus“ für den Tornado bzw. später für den Eurofighter. EADS beschafft sich auf diese Weise auch das Know-how für Trägermittel für Atomwaffen und bereitet potentiell ein eigenes Atomwaffenprogramm für Deutschland vor.⁷ Diese Tatsachen hat die Fahrradstafette der DFG-VK im Jahr 2005 vor den Werkstoren von EADS im Großraum Augsburg thematisiert. Daran will die Stadt offiziell nicht rühren.

Im August 2005 eröffnet der Oberbürgermeister dann noch eine Hiroshima-Ausstellung im Rahmen von Pax 2005. Seitdem hat man in bzw. von der Stadt nichts mehr gehört zu diesem Thema. Weltweit allerdings ist viel geschehen. Der Organisation gehören mittlerweile über 1.500 Bürgermeister oder Städte in 120 Ländern und Regionen an, davon etwa 300 allein in Deutschland.

Im vergangenen Jahr initiierte Mayors for Peace zwei Kampagnen, einmal die *Aufforderung zu „redlicher Absicht“ (good-faith)*⁸ und zum zweiten *CANT – Cities Are No Targets*. Vor zehn Jahren hob der Internationale Gerichtshof den universalen Charakter der Verpflichtung hervor, die mit dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen im Jahre 1970 eingegangen worden ist. Der Gerichtshof stellte fest: „Es besteht eine Verpflichtung, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen, die zu nuklearer Abrüstung (Entwaffnung) in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle führen.“ Gestützt auf diese Rechtsauffassung will die Bewegung der Mayors for Peace die *Aufforderung zur redlichen Absicht* in dreifacher Hinsicht verwenden:



OB Wengert begrüßt den Vertreter des Japanischen Generalkonsulats München zur Eröffnung der Ausstellung „60 Jahre Hiroshima“ am 5. August 2005 im Rathaus, Unterer Fletz. Es erschienen eine Handvoll Leute, das Pax-Management hat den Termin versiebt, die Augsburger Allgemeine erschien gar nicht...

⁶ http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Friedensstadt/050818_dfgrad/redel.htm

⁷ http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Friedensstadt/050818_dfgrad/2005-radtour-04.pdf

⁸ <http://www.atomwaffenfrei.de/mayors/goodfaith.html>

Erstens: Die Organisation „Mayors for Peace“ wird Informationen über Maßnahmen der Zivilgesellschaft in den Partnerstädten weitergeben und eine Zusammenarbeit zwischen den Rathäusern und den Aktiven fördern.

Zweitens: Die „Mayors for Peace“ werden besondere Gesichtspunkte der atomaren Bedrohung ansprechen: Nur eine Atomwaffe ist in der Lage, eine Stadt im eigentlichen Sinn „auszulöschen“. Atomwaffenprogramme, die Städte in Geiselhaft nehmen, sind moralisch untragbar und eine Einladung zur Nacheiferung durch Terroristen. In der Aktion „Städte sind keine Zielscheiben“ wollen die „Mayors for Peace“ atombewaffnete Nationen dazu herausfordern, ihre Pläne ausdrücklich zu widerrufen und den Gebrauch atomarer Waffen gegen Städte zu verbieten.

Drittens: Die „Mayors for Peace“ werden damit fortfahren, sich für multilaterale Bemühungen zur atomaren Abrüstung einzusetzen. Städte werden nur dann von der nuklearen Bedrohung wirklich befreit sein, wenn es keine Atomwaffen mehr gibt und alle spaltbaren Materialien strikten Kontrollen unterworfen werden. Der erbärmliche Misserfolg der Überprüfungskonferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und verwandter Bemühungen im Jahre 2005 hat Diplomaten unter Druck zu neuen kreativen Vorschlägen zu Gesprächen über die atomare Abrüstung gesetzt. Regelmäßige Informationen über den Stand der Dinge in der internationalen Arena werden für Bürgermeister und besorgte Bürger zugänglich sein. Sollten Gelegenheiten auftauchen, die es den Bürgermeistern ermöglicht, sich im eigenen Land oder auf internationaler Ebene erfolgreich einzumischen, werden die „Mayors for Peace“ in Aktion treten.

Die zweite Kampagne *CANT – Cities Are No Targets*⁹ stellt eigentlich einen Aspekt der *good-faith*-Kampagne dar, hat aber das Format und die Bedeutung einer eigenen Kampagne:

⁹ **Bitte sagt den Nuklearmächten, dass Städte keine Ziele sind!**

Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden) ruft die Städte zusammen um eine atomwaffenfreie Welt zu bauen

[...] Als ein weiterer Beitrag der Städte haben wir ferner das Projekt *Cities Are Not Targets (CANT)* (Städte sind keine Ziele) begonnen und fordern Sicherheiten von den Nuklearwaffen-Staaten, dass keine Städte zum Ziel von Nuklearschlägen gemacht werden.

Bitte unterstützt das *Cities Are Not Targets*-Projekt

Nuklearwaffen sind illegale, sittenwidrige Anlagen, dazu bestimmt ganze Städte auszulöschen. Obwohl der Kalte Krieg zu Ende ist, bleibt die Gefahr der Atomwaffen praktisch unverändert. Es gibt immer noch tausende von nuklearen Sprengköpfen, die bei Alarm jederzeit startklar sind. Auf Knopfdruck können nuklearbestückte Raketen auf dem Weg sein zu einer Zielstadt. Wenn so ein Vorfall stattfinden sollte, wäre die jeweilige Stadt mitsamt den Kindern und hunderttausenden von unschuldigen Nichtkombattanten der unwiderruflichen Verwüstung preisgegeben.

Das Mayors for Peace-Projekt hat die Absicht, die Stimme der Städte und ihrer Bürger zu erheben um zu sagen „Nein! Ihr dürft nicht auf Städte zielen. Ihr dürft nicht auf Kinder zielen“. Durch diese Aktivitäten beabsichtigen wir, die Aufmerksamkeit der Bürgermeister, Stadtbewohner und führender Persönlichkeiten auf die Tatsache zu lenken, dass Städte tatsächlich immer noch als Zielscheibe zur Vernichtung dienen und dass der Internationale Gerichtshof diese Drohung an sich schon als Kriegsverbrechen einstuft. Außerdem hoffen wir, dass dieses Projekt unserer Forderung mehr Nachdruck verleiht, die Nuklearwaffen-Mächte mögen ihr Versprechen einlösen, ehrlich zu verhandeln über die Abschaffung aller Nuklearwaffen.

Das Ziel dieses Projektes ist nicht, die Nuklearwaffen von den Städten wegzuverlagern sondern sie total zu eliminieren. Und – wenn wir hier von *Städten* sprechen, beziehen wir uns nicht auf Gemeindegebiete von einer bestimmten Größe, sondern auf jedes Gebiet, in dem Kindern und Nichtkombattanten ihr alltägliches Leben leben. [...]

<http://www.mayorsforpeace.org/english/topic/list/36.htm>

Die Petition hierzu lautet:

Cities Are Not Targets (CANT) Projekt

Petition, Städte nicht zum Ziel zu machen, und für Abschaffung der Nuklearwaffen

Wir, die Unterzeichner, erheben die folgenden Forderungen an die Führer aller Nuklearwaffen-Staaten

Das Mayors for Peace-Projekt hat die Absicht, die Stimme der Städte und ihrer Bürger zu erheben um zu sagen „Nein! Ihr dürft nicht auf Städte zielen. Ihr dürft nicht auf Kinder zielen“. Durch diese Aktivitäten beabsichtigen wir, die Aufmerksamkeit der Bürgermeister, Stadtbewohner und führender Persönlichkeiten auf die Tatsache zu lenken, dass Städte tatsächlich immer noch als Zielscheibe zur Vernichtung dienen und dass der Internationale Gerichtshof diese Drohung an sich schon als Kriegsverbrechen einstuft.

In diesem Jahr will Mayors for Peace diese Kampagnen forcieren und am 24. Juni 2007 ihren 25. Gründungstag feiern, was eigentlich auch ein Anlass für die Stadt Augsburg sein könnte, ihr Engagement zu bekräftigen. In einem Brief an die Städte der Welt erläuterte Tadatoshi Akiba, Bürgermeister von Hiroshima und Präsident der Mayors for Peace, die ungeheure Gefährlichkeit von Atomwaffen, die nicht nur im Physikalischen besteht. Ein einziger Angriff mit einer kleinen primitiven Atomwaffe auf einen Mega-Hafen könnte unsere labile Weltwirtschaft aus den Angeln heben und eine Weltwirtschaftskrise auslösen, d.h. wir alle wären global betroffen. Solche Risiken könnten wir uns nicht länger leisten.



Kampagne der Weltunion der Kommunen UCLG
<http://www.cities-localgovernments.org/uclg/index.asp>

Ein wichtiges Datum ist heuer der Kongress der Weltunion der Kommunen (United Cities and Local Governments, UCLG), der am 28.-31. Oktober 2007 in Jeju, Südkorea, stattfindet. Dort will Mayors for Peace das Thema zur Sprache bringen. Tadatoshi Akiba: „Wenn die UCLG sich an unserer Kampagne beteiligt, treten nicht nur selbsternannte Städtevertreter unsere Sache ein, sondern die Städte der Welt sprechen dann mit einer Stimme.“ Dieser Plan ist in seiner politischen Wucht nicht zu unterschätzen. Die UCLG vertritt über die Hälfte der Weltbevölkerung und ist nunmehr die einzige weltweite Vertretung lokaler Interessen mit

demokratischem Mandat.¹⁰ 2004 gegründet, erreichte die UCLG bereits ein Jahr später die kritische Masse, um eine Kampagne zu führen mit weißen Bannern an Rathäusern und anderen Gemeindegebäuden in aller Welt mit dem Slogan „2015: Keine Entschuldigung! Die Welt muss ein besserer Ort sein.“ Dem Uno-Generalsekretär wurde im Jahre 2005 bei einem Gipfeltreffen die Local Government Millenniumsdeklaration vorgelegt und die Schlüsselrolle der Gemeindeverwaltungen bei der internationalen Entwicklung betonten.¹¹

Auch hier läge eine dankbare Aufgabe für die Stadt Augsburg, sich als Mitglied der UCLG anzuschließen. Während z.B. in Mexiko oder der Türkei jeweils 13 Städte Mitglied sind oder in der

-
- ❖ Zielt nicht mit Atomwaffen auf die Städte, in denen wir leben!
 - ❖ Zielt nicht auf Großstädte, Städte und Ortschaften überall in der Welt, in denen unschuldige Kinder leben!
 - ❖ Um allen Kindern eine friedliche Zukunft zu ermöglichen, führt bitte konstruktive, ernsthafte Verhandlungen zur Abschaffung aller Nuklearwaffen!
 - ❖ Greift – auch nicht im Krieg – keine Städte oder Nichtkombattanten an!

<http://www.mayorsforpeace.org/english/topic/pdf/PetitionForm.pdf>

eigene Übersetzung

¹⁰ UCLG vertritt über die Hälfte der Weltbevölkerung und ist nunmehr die einzige weltweite Vertretung lokaler Interessen. Im Gegensatz zu anderen internationalen Organisationen bestehen die Führungsgremien aus gewählten kommunalen Vertretern, die – sollte ihnen die Bevölkerung ihres Wirkungskreises das Mandat entziehen – auch das Amt bei UCLG niederlegen müssen. Das gilt sowohl für die Mitglieder des Präsidiums als auch für die des Exekutivbüros und des Weltrats. Dadurch ist die Repräsentation der Bürger innerhalb der Organisation gewährleistet. Die Basis von UCLG ist also ein demokratisches Mandat. Unter den internationalen Organisationen ist dies bislang einzigartig. Die UCLG kooperiert mit der UNO und anderen wichtigen Vereinigungen und Körperschaften. http://www.rgre.de/pdf/mdg_uclg.pdf

¹¹ <http://www.prnewswire.co.uk/cgi/news/release?id=152910>

Russischen Föderation 24 Städte, sind es in Deutschland gerade mal drei Städte: Bergkamen, Hannover, Stuttgart.

Eine weitere sehr wichtige Zielsetzung von *Mayors for Peace* in diesem Jahr ist die Zusammenarbeit mit der Middle Powers Initiative (MPI), bei der z.B. IPPNW führend engagiert ist. ¹² *Mayors for Peace* will mit Diplomaten der Mittelmächte den blockierenden Einfluss der Atomwaffenstaaten auf die Abrüstungsinitiativen aufbrechen – v.a. gestützt auf die 113 Staaten, die einer atomwaffenfreien Zone angehören. ¹³

Kriegsausbruch zu „Ostern“ in Somalia

Um die hiesigen Osterfeiertage eskalierten die Kämpfe in Somalia, vor allem in Mogadischu zu den heftigsten Auseinandersetzungen seit 15 Jahren. Binnen vier Tagen gab es über 1000 Tote, 4000 Verwundete und circa eine Million Menschen, die durch diese Kämpfe in Somalia und hauptsächlich in Mogadischu vertrieben worden sind. Die Berliner Zeitung spricht von einer schwerwiegenden Mitverantwortung der EU an den Kriegsverbrechen der Übergangsregierung und der Äthiopischen Truppen ¹⁴ und die Frankfurter Rundschau berichtet, dass die USA trotz UN-Waffenembargo

¹² Seit 1998 gehört die internationale IPPNW dem Zusammenschluss von acht

Nichtregierungsorganisationen der „Middle Powers Initiative“ an. Bis vor zwei Jahren hatte die Organisation ihren Schreibtisch sogar bei der IPPNW in Boston, bevor sie zum Global Security Institut nach San Francisco gezogen ist. Damit fährt die IPPNW in Sachen Atomwaffensperrvertrag eine doppelte Strategie. Einerseits fordert sie eine sofortige Aufnahme der Verhandlungen über eine Atomwaffenkonvention, zusammen mit den NGOs *Mayors for Peace* und *Abolition 2000*. Andererseits nimmt sie an den Konferenzen und Delegationen der MPI teil, die versuchen, eine Brücke zu den „Mittelmächten“ zu bauen. Diese Staaten - darunter auch Deutschland - glauben an eine „Schritt für Schritt“-Verfahrensweise und suchen nach Maßnahmen, die am ehesten zu einer Einigung führen könnten.

Aus der Sicht der MPI schließt die „Mitte“ die Staaten der „New Agenda Coalition“ (NAC) ein - Ägypten, Brasilien, Irland, Mexiko, Neuseeland, Schweden und Südafrika - die seit 1998 eine neue Abrüstungsagenda fordern. Dazu kommen **die NATO-Staaten, die 2004 die Resolution der NAC befürworteten. Das sind: Belgien, Deutschland, Kanada, Litauen, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und die Türkei.**

Großbritannien befindet sich als einziger Atomwaffenstaat am Rande dieser Gruppe. Das Ziel der MPI ist, diese Staaten bei der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags dazu zu bringen zu kooperieren, um eine Reihe von Maßnahmen durchzusetzen. *IPPNW-Forum 92/05*

¹³ Außerdem werden die *Mayors for Peace 2007* mit der Middle Powers Initiative (MPI) zusammenarbeiten, um das Thema bei den Vereinten Nationen voran zu treiben. Eine Voraussetzung für effektives Handeln ist die Rückendeckung einer nennenswerten internationalen Diplomatengruppe. Alle existierenden Diplomatengruppen werden derzeit von einem oder mehreren Atomwaffenstaaten davon abgehalten, die nukleare Abrüstung ernsthaft weiter zu bringen. Wir richten unsere Hoffnungen darauf, dass aus den Reihen der 113 Staaten, die einer atomwaffenfreien Zone angehören, eine neue, breit angelegte Gruppe hervorgeht. Wenn MPI eine Delegation in eine Hauptstadt schickt, um die Regierung davon zu überzeugen, dass sie bei diesem Prozess eine führende Funktion übernehmen soll, dann kann der Bürgermeister dieser Stadt seinen Teil beitragen. Bürgermeister in all diesen 113 Ländern können eine wichtige Rolle spielen und ihre jeweiligen Regierungen auffordern, eine solche neue Diplomatengruppe zu stärken und sich einzusetzen für die atomwaffenfreie Welt sowie für Rechtsgrundsätze, die Städten wirksamen Schutz bieten vor den Schrecken des Krieges.

http://www.atomwaffenfrei.de/mayors/akiba_brf0107.html

¹⁴ Ein internes Papier der Europäischen Kommission in Nairobi wirft indes die Frage auf, ob die Europäer mitverantwortlich sind für die Kriegsverbrechen in Somalia. Dem EU-Delegationschef Eric van der Linden wird geraten, dringend juristischen Rat in dieser Angelegenheit zu suchen. Mit ihrem Vorgehen gegen Aufständische in Mogadischu hätten Somalias Übergangsregierung (TFG) und ihr Verbündeter Äthiopiens Anfang April möglicherweise gegen mehrere Statuten des Internationalen Kriminalgerichtshofes in Den Haag verstoßen, heißt es in dem Schreiben vom 2. April.

Die *New York Times* publizierte die Vorwürfe bereits vor einigen Tagen. Die Europäer wie die gesamte Internationale Gemeinschaft unterstützen das TFG als legitime Vertretung der Somalier. Doch der Krieg der Regierung und äthiopischer Truppen gegen Aufständische in Mogadischu habe zu einer Reihe von Kriegsverbrechen geführt, es gebe „starke Gründe“ für diese Anschuldigung, heißt es in dem EU-internen Memo. „Dies sind sehr schwere Vorwürfe“, sagte EU-Vertreter van der Linden, „wir werden sie sehr genau prüfen.“

nordkoreanische Rüstungslieferungen an den Verbündeten Äthiopien geduldet haben.¹⁵ Die österreichische Webseite CHiLLi.cc schreibt: „Nur weil in diesem Konflikt keine weißen Soldaten verwickelt sind, das Land über keine börsennotierten Rohstoffe verfügt und wir nicht täglich mit erschreckenden Bildern konfrontiert werden, mangels Korrespondenten vor Ort, bedeutet das nicht, der Konflikt am Horn von Afrika wäre weniger dramatisch.“¹⁶

Peter Feininger



Die Fregatte „Augsburg“, schon mehrfach im Einsatz am Horn von Afrika (Somalia!) im Rahmen von Enduring Freedom und am schmutzigen Spiel der USA in Afrika und Asien beteiligt, gehört zur Zeit dem Einsatzausbildungsverband (EAV) der Deutschen Marine an. 60 junge Offiziersanwärter an Bord werden „auf zukünftige Aufgaben“ vorbereitet. Es gelte, „auch im internationalen Umfeld Szenarien abzubilden und zu üben, die den derzeitigen Erfordernissen der maritimen Operationen entsprechen“. Das Osterfest wollte man auf Madeira verbringen.
http://www.lissabon.diplo.de/Vertretung/lissabon/de/Seite__Fregatte2007.html

Somalias Präsident Abdullahi Yussuf warnte in einem Radiointerview, „wo immer eine Kugel herkommt, dort werden wir bombardieren, ganz egal wer sich da aufhält“, und machte so deutlich, dass er den Tod unschuldiger Zivilisten in Mogadischu in Kauf nimmt.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2007/0411/politik/0059/>

¹⁵ **Handel zwischen Nordkorea und Äthiopien zugelassen**

Trotz UN-Waffenembargo sollen die USA nordkoreanische Rüstungslieferungen an den Verbündeten Äthiopien geduldet haben. Hardliner in Washington werfen der Bush-Regierung "Clientismus" vor.

Washington. Äthiopien hat laut einem Bericht der New York Times im Januar Ersatzteile für sowjetische T-55-Panzer sowie andere Rüstungsgüter aus Nordkorea erhalten. Über die brisante Lieferung seien die USA vorab durch das afrikanische Land informiert worden, schreibt die Zeitung. Nach internen Beratungen habe die US-Regierung beschlossen, den Transfer nicht zu stoppen. Ein solches Waffengeschäft wäre ein Verstoß gegen die nach dem nordkoreanischen Atomtest im Oktober verhängten UN-Sanktionen gegen Pjöngjang. Aus Frankfurter Rundschau 11.4.2007

¹⁶ http://www.chilli.cc/index.php?from_frameset=1&statistik=no&id=72-1-41&from=